

Bern

Hotelier fordert die Rückkehr der Saisoniers

Fachkräftemangel im Gastgewerbe Können temporäre Köche aus Marokko oder Argentinien das Personalproblem lösen? Absolut der falsche Weg, finden Gewerkschaften.

Damaris Hohler

Die Hochsaison steht kurz bevor, der Sommer hat endlich begonnen – trotz allem hat das Kandersteger Hotel Doldenhorn am Dienstag geschlossen. Nicht wegen der ausbleibenden Gäste: «Es fehlt mir schlicht an Personal», sagt Hotelier René Maeder. Sechs Stellen sind in seinem 4-Stern-Hotel aktuell vakant: Serviceangestellte, Réceptionisten, Köchinnen. Um dem Mangel entgegenzuwirken, bräuhete es wohl mehr Nachwuchs und höhere Löhne. «Dann muss aber auch der Kaffee 6.50 kosten», gibt Maeder zu bedenken.

Der Hotelier und Kandersteiger Gemeindepräsident (Die Mitte) hat eine andere Idee: das Saisonierstatut wiedereinführen. Dies schlug René Maeder kürzlich an einem Podium der Berner Küchenchefvereinigung Cercle des Chefs de Cuisine Berne vor. Das Saisonierstatut regelte im 20. Jahrhundert die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte. Es ermöglichte Schweizer Unternehmen, Arbeitende lediglich während einiger Monate einzustellen, sprich: während einer Saison.

Kürzlich schrieb Maeder die Stelle für einen Souschef aus. Beim Ausschrieb auf einem Schweizer Stellenportal erhielt er keine einzige Bewerbung. Anders sah der Rücklauf bei einer internationalen Jobbörse aus: 60 Personen meldeten sich beim Kandersteger Hotelier, 30 davon seien «verwertbar» gewesen.

Keine Arbeitsbewilligung

Einstellen konnte er jedoch keine einzige: Die Bewerbenden stammten primär aus dem nicht europäischen Raum, das heisst ausserhalb der EU und Efta. Diese Personen erhalten jedoch nur eine Arbeitsbewilligung in der Schweiz, wenn sie gut qualifiziert sind – womit in erster Linie ein Hochschul- oder Fachhochschulabschluss gemeint ist. René Maeder sucht allerdings keine Akademikerinnen, sondern Per-



Köchinnen und Köche sind auf dem heimischen Markt nur schwer zu finden. Hier Köche bei der Lehrabschlussprüfung. Foto: Nicola Pittaro

sonen mit einer Berufsausbildung.

Dass die Forderung nach dem Saisonierstatut von einem Mitte-Politiker kommt, erstaunt: Der Vorschlag wurde immer wieder aufgebracht, primär allerdings von Exponenten der SVP. Dies ist auch Maeders Kalkül: Da Kurzaufenthalter nicht zur ständigen Wohnbevölkerung zählen, steigt die Zuwanderung nicht an – womit der rechte Flügel dafür zu gewinnen ist.

So befürwortet auch die SVP-Nationalrätin Nadja Umbricht Pieren die Wiedereinführung. Die Berner Politikerin diskutierte ebenfalls am Gastropodium mit. Auf diese Weise könnten in der Gastronomie und im Gemüseanbau fehlende Arbeitskräfte saisonal eingestellt werden, ohne dadurch das «Problem der unkontrollierten Zuwanderung» zu vergrössern.

Mit dem Saisonierstatut von 1931 wurden angesichts der Weltwirtschaftskrise billige Arbeitskräfte in die Schweiz geholt. Integriert wurden sie dabei nicht. Der Aufenthalt wurde nur für einige Monate bewilligt, und Familiennachzug war untersagt. 2002 wurde das Statut aufgehoben. Dieses nun wieder aufzuheben, sei definitiv «nicht angebracht», wie Philipp Zimmermann von der Gewerkschaft Unia sagt. «Wir sind heilfroh, gibt es dieses Statut nicht mehr.»

Arbeitskräfte ohne Rechte

Da der Aufenthalt der Saisoniers vom Arbeitsvertrag abhing, waren diese dem Arbeitgebenden vollständig ausgeliefert. Dies schuf eine Kategorie von Arbeitskräften ohne Rechte, wie Mediensprecher Zimmermann sagt. Die Folgen waren Lohndumping und soziale Missstände.

Gravierende Auswirkungen hatte das Saisonierstatut auch auf die Familien der Gastarbeiter, die auseinandergerissen wurden. Saisonierkinder mussten in der Schweiz teilweise im Untergrund leben, wenn die Eltern sie im Heimatland nicht zurücklassen konnten. Je nach Schätzung betraf dies zwischen 15'000 bis 50'000 Kinder.

«Rotes Tuch» in der Schweiz

Der emeritierte Wirtschaftsprofessor George Sheldon der Universität Basel bezweifelt, dass es je wieder zur Einführung des Saisonierstatuts kommen wird: Aufgrund seiner Historie sei es ein «rotes Tuch» in der Schweiz. Es habe primär dazu geführt, dass viele niedrig qualifizierte Arbeitskräfte in der Schweiz sesshaft geworden seien.

Dies lag daran, dass Saisoniers ab den 1960er-Jahren nach

fünf aufeinanderfolgenden Saisons eine Jahresbewilligung beantragen konnten. Dies habe zu einer Kettenreaktion geführt, wie George Sheldon auf Anfrage sagt.

Für Maeder steht allerdings nicht die Akquirierung von günstigen Arbeitskräften im Vordergrund. «Hilfskräfte wie Tellerwäscher haben wir stets genug», sagt der Hotelier. Was ihm fehle, seien Fachkräfte, Personen mit Führungserfahrung.

Der Grund für die Aufhebung des Saisonierstatuts war die Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2002. Auch diese kennt eine Bewilligung von kurzen Arbeitsverhältnissen zwischen drei Monaten und einem Jahr, die Bewilligung L. Arbeitseinsätze unter drei Monaten von Personen aus der EU benötigten keine Bewilligung. Die kurze L-Bewilligung

werde allerdings kaum verwendet, sagt FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen, der am Podium der Berner Küchenchefvereinigung mitdiskutierte. Personen mit diesem Aufenthaltstitel machen nur wenige Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz aus.

«Saisonale Branchen sollten vermehrt Arbeitskräfte mit L-Bewilligung suchen», schlägt Wasserfallen vor. Die Einführung des Saisonierstatuts erachtet er deshalb nicht als nötig.

Das Personenfreizügigkeitsabkommen funktioniere zudem viel besser als das Saisonierstatut – so die Einschätzung von Seco-Sprecher Fabian Maienfisch. «Wir sind überzeugt, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen für alle Beteiligten und die Schweizer Volkswirtschaft von Vorteil ist», sagt Maienfisch. Dies stützten auch die bisherigen Erfahrungen des Seco.

Köche aus Marokko?

Kann der Fachkräftemangel in der Gastrobranche mit Kurzarbeitenden aus dem europäischen Raum bewältigt werden? Auch im EU-Raum sei der Markt an Fachkräften ausgetrocknet, sagt René Maeder. Potenzial an Köchinnen und Köchen sieht er beispielsweise in den Maghrebstaaten oder Lateinamerika.

Unia-Sprecher Zimmermann widerspricht dem: «Um den Fachkräftemangel in der Gastrobranche zu beheben, wäre ein Saisonierstatut bestimmt der absolut falsche Weg.» Was es brauche, seien gute Löhne und Arbeitsbedingungen, mit denen Beruf und Privatleben vereinbar sind.

Beispielsweise sollten Arbeitnehmende genügend früh im Voraus ihre Schichten erfahren oder das Recht darauf haben, in ihrer Freizeit nicht erreichbar zu sein. Und bei den Löhnen solle die Berufserfahrung berücksichtigt werden. «Um es nett auszudrücken: Die Gastrobranche hat bestimmt noch nicht alle ihre Optionen ausgereizt.»

Grüne Frau zeigt Interesse – doch SP erhebt Anspruch

Bieler Stadtpräsidium Für die Fehr-Nachfolge zeigt Gemeinderätin Lena Frank Ambitionen – doch die SP pocht auf «Tradition».

Biels Stadtpräsident Erich Fehr hat Anfang Woche bekannt gegeben, dass er Ende 2024 aufhört. Damit hat er die lokale Politik in Aufregung versetzt – alles dreht sich nun um die Frage: Wer folgt?

Auch wenn durchaus Kandidaturen von ausserhalb denkbar sind, gehören zu den aussichtsreichsten Papabili naturgemäss die amtierenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Zu ihnen gehört die Grüne Lena Frank, die am Tag von Fehrs Ankündigung als erste Ambitionen anmeldete: Sie sei am Amt «grundsätzlich interessiert», sagte sie zum «Bieler Tagblatt». Auf die Frage, ob es Zeit wäre für eine Stadtpräsidentin, antwortet sie entschieden: «Das sowieso!» Sie habe aber jetzt genug Zeit, diese Frage mit ihrer Partei und ihrer Familie anzuschauen, bevor sie sich definitiv äussere.

Die Grünen sind zuletzt 2010 für die Wahl um das Stadtpräsidium angetreten – jedoch ohne Erfolg. Gemeinderätin Barbara Schwickert verlor das Rennen gegen Erich Fehr mit 650 Stimmen Rückstand. Fehr liess damals auch Beat Feurer (SVP) und Silvia Steidle (PRR) hinter sich. Ersterer hat bereits angekündigt, nicht noch einmal antreten zu wollen. Und Letztere hat mit ihrem turbulenten Abgang als Finanzdirektorin Ende Jahr wohl keine allzu guten Karten mehr.

Für die Grünen jedoch bietet sich 2024 eine neue Chance, und diese will sich die Partei nicht entgehen lassen. 2010 habe man bereits ein gutes Resultat erzielt, und seither hätten die Grünen in Biel noch zugelegt, sagt Parteipräsident Stefan Rüber. «Ein grünes Stadtpräsidium anzuviesieren, ist deshalb durchaus eine Option, Frank wäre dabei

«die offensichtlichste Kandidatin» für die Partei.

In SP-Hand seit 1976

Gegen eine grüne Stadtpräsidentin hätte primär die SP ein wichtiges Wort einzulegen: Das Amt liegt seit 1976, als Erich Fehrs Vater Hermann Fehr gewählt wurde, in der Hand der Genossen.

«Wir werden alles daransetzen, das Präsidium zu behalten», sagt Parteipräsidentin Susanne Clauss, die in diesem Zusammenhang von «einer Tradition» spricht. «Ich denke, es geht in Richtung einer welschen Kandidatur», so Clauss. Für die bilingue Stadt wäre dies an der Zeit – ebenso, wie der Moment für eine Frau gekommen sei. Ausserdem wünsche man sich bei der SP jemanden mit Lebenserfahrung. Das wären Faktoren, die für die frankofone Gemeinderätin

Glenda Gonzalez Bassi sprechen. Diese will sich auf Anfrage nicht festlegen, sagt aber, es sei «wichtig, dass das Stadtpräsidium in sozialdemokratischen Händen bleibt». Eine Absage ist das nicht.

GLP will in Gemeinderat

Die Grünliberalen waren 2020 ins Rennen um das Stadtpräsidium gestiegen. Die damalige Stadträtin Sandra Gurtner-Oesch wollte in die Regierung einziehen und kandidierte 2020 auch für das Präsidium. Sie verfehlte beides deutlich.

Beim nächsten Anlauf liegt der Fokus der GLP auf dem Einzug in den Gemeinderat, wie Parteipräsident Kevin Hegg sagt. Eine GLP-Kandidatur sei zwar auch eine Option, habe jedoch momentan nicht oberste Priorität. Klar ist: Sandra Gurtner-Oesch ist zwar aus dem Stadtrat ausgetreten, der Lokalpolitik hat

sie aber nicht den Rücken gekehrt. Als Mitglied des GLP-Vorstands und im Hintergrund der Partei ist sie laut Hegg weiter aktiv.

Bürgerliche in Lauerstellung

Offen ist, mit wem die Bürgerlichen antreten, um seit der Ära des Freisinnigen Fritz Stähli, der bis zum Beginn der Ära von Herrmann Fehr im Jahr 1976 die Geschichte Biels leitete, erstmals das höchste Amt der Stadt zurückzuerobern.

Gegen Fehr anzutreten, sei bislang stets schwierig gewesen, sagt FDP-Parteipräsident Andreas Gerber. Deshalb müsse man jetzt in aller Ruhe und auch gemeinsam mit der welschen Schwesterpartei PRR schauen, welche Optionen es gebe. Eines steht für ihn fest: Nach drei Stadtpräsidien in SP-Hand wäre ein Wechsel zu begrüssen.

Sein Parteikollege und Fraktionspräsident Andreas Sutter wird gegenüber Telebielinguie konkreter: «Das Profil ist klar: Es sollte wenn möglich eine junge welsche Frau sein.» In der PRR habe es Frauen, die dieses Profil erfüllten, so Sutter. Über das von Sutter skizzierte Profil verfügt etwa die amtierende Gemeinderätin Natasha Pittet, die im April die Nachfolge von Steidle angetreten hat. Sie lässt auf Anfrage verlauten, sie schliesse eine Kandidatur «nicht vollständig aus».

Zugeknöpft gibt sich die SVP: Parteipräsident Patrick Widmer wollte auf Nachfrage von Canal 3 keinen Kommentar abgeben. Die internen Gespräche würden erst aufgenommen, vorher wolle man zu diesem Thema nichts sagen.

Jérôme Lécho und Carmen Stalder (BT) / awb